

Wählen gehen!

Am 14. Mai sind Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein



Am Sonntag, den 14. Mai, ist Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Wir fordern alle unsere Mitglieder auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit über die künftige Politik in ihrer örtlichen Nähe mitzubestimmen.

Neu gewählt werden in Schleswig-Holstein alle Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie Kreistage. Auch wenn diese demokratischen Vertretungen nicht so im Mittelpunkt stehen wie der Bundestag oder der Landtag, ist die Bedeutung für unser aller tägliches Leben besonders groß. Denn der größte Teil der täglichen Daseinsvorsorge wird durch die Städte, Gemeinden und Kreise bereitgestellt. Das betrifft beispielsweise Schulen, Kindergärten, Feuerwehren, Rettungsdienste, Krankenhäuser und Pflegeheime sowie Jugendzentren und Büchereien. Auch der größte Teil der Straßen befindet sich in kommunaler Hand. Die meisten öffentlichen Gebäude gehören den Städten, Gemeinden und Kreisen. Sie sind es auch, die zur Unterhaltung der zahlreichen Liegenschaften den größten Anteil an den öffentlichen Investitionen in Deutschland leisten. Alles was hier entschieden wird, können die Bürger vor Ort unmittelbar sehen und nutzen.

Auf der anderen Seite entscheiden die Kommunalparlamente aber auch über unser Geld. Ganz besonders wichtig wird in den Städten und Gemeinden die Festlegung der neuen Hebesätze für die Grundsteuer. Nachdem alle Grundstücke neu bewertet wurden, sind jetzt die Stadt- und Gemeindevertreter gefordert, die neuen Hebesätze festzulegen. Uns wurde versprochen, dass es dabei nicht zu versteckten Steuererhöhungen kommen soll, sondern die Einnahmen aufkommensneutral kalkuliert werden. Wir

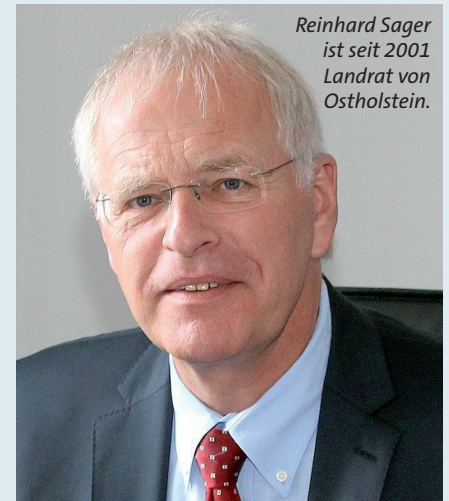
werden das genau beobachten. Ein großer Kostenfaktor für die Bürger sind aber auch die anderen kommunalen Abgaben, von Wasser und Abwasser über die Straßenreinigung bis hin zur Hundesteuer. Auch über die Höhe dieser Zwangsbeiträge entscheiden die Stadt- und Gemeindevertreter. Darum ist es wichtig, sich vor der Wahl über die Programme genau zu informieren.

Die wesentliche Arbeit der kommunalen Selbstverwaltung findet in den Fachausschüssen statt, die auf Stadt-, Gemeinde- und Kreisebene gebildet werden. Hier werden die Vorlagen der Verwaltung beraten, Anregungen von Bürgern besprochen und die Entscheidungen vorbereitet. Neben den gewählten Gemeindevertretern können hier auch sogenannte bürgerliche Mitglieder aktiv und mit Stimmrecht mitwirken. So ist eine breite Bürgerbeteiligung gewährleistet. Nach Möglichkeit wird versucht, Personen in die Fachausschüsse zu berufen, die aufgrund beruflicher oder privater Erfahrungen besonders fachkundig sind. Je mehr Mitglieder des Bundes der Steuerzahler sich einbringen, desto besser werden die Ergebnisse der Beratungen!

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Sie lesen in diesem Nord-Kurier



*Reinhard Sager
ist seit 2001
Landrat von
Ostholstein.*

Sager setzt auf die Akzeptanz der Bürger

Reinhard Sager ist seit 2001 Landrat von Ostholstein. Und er setzt in seinem Gastbeitrag für den Nord-Kurier auf die Akzeptanz der Menschen, wenn es um die klassischen Zukunftsfragen geht. Ob nun Klimaschutz oder Bewältigung der hohen Zahlen von Flüchtlingen, der Landrat und Präsident des Deutschen Landkreistages verweist auf die Kommunen und Kreise, die sich mit den Problemen auseinandersetzen. Und er fordert Bund und Länder nachdrücklich auf, die Kreise, Städte und Gemeinden nicht allein zu lassen, auch mit den finanziellen Folgen. In seinem Beitrag für den Nord-Kurier enthalten ist auch ein Plädoyer für die starke und dezentral organisierte Wirtschaft mit dem Handwerk und vielen innovativen Unternehmen.

Gastbeitrag auf Seite 2

Neuverschuldung

Bei der Neuverschuldung kratzt Schleswig-Holstein an der Obergrenze, weil Finanzministerin Heinold mit allen Tricks arbeitet und hohe Ausgaben „versteckt“ als Folge von Pandemie und Ukrainekrieg.

Seite 3

Verantwortung vor Ort stärken

Deutschland hat im kommunalen Bereich eine einzigartige Struktur mit knapp 11.000 Gemeinden und 294 Landkreisen, die einen ganz zentralen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb eines jeden Kreises und darüber hinaus zwischen Stadt und Land leisten. Unterstützend kommen flächendeckend die kommunal getragenen, auf ihr jeweiliges Trägergebiet verpflichteten, aber auch begrenzten öffentlich-rechtlichen Sparkassen hinzu.

Die Verwaltungsstrukturen korrespondieren damit – und das ist ein wahres „Pfund“ – mit der in Deutschland stark ausgeprägten dezentralen Wirtschaftsstruktur mit einem starken Handwerk und vielen mittelständischen Betrieben. Sie sind Standort vieler innovativer Unternehmen. Über die Hälfte seiner Bruttowertschöpfung erwirtschaftet das produzierende Gewerbe allein in den ländlichen Räumen Deutschlands, vier Siebtel der Beschäftigten in der forschungs- und wissensbasierten Industrie haben hier ihren Arbeitsplatz.

Diese guten Strukturen gilt es zu stärken. Denn nur so kann es gelingen, aktuelle Aufgaben wie die Unterbringung und Versorgung vieler Kriegsflüchtlinge, die Anpassung an den Klimawandel, die Digitalisierung überall im Land, eine auch weiterhin flächendeckende gesundheitliche Versorgung sowie einen bedarfsgerechter ÖPNV zukunftsgerichtet zu gestalten. Dafür benötigen die Landkreise Unterstützung von Ländern und Bund. Nicht der oft bemühte „Goldene Zügel“ von oben, sondern Hilfe zur Selbsthilfe ist das Gebot. Zuerst kommt es auf eine verantwortungsbewusste und -bereite sowie gestaltungswillige kommunale Selbstverwaltung vor Ort an.

Gerade in der derzeitigen weltpolitischen Situation mit vielfachen Auswirkungen auf das Leben der Menschen in den Landkreisen geht es um eine Stärkung der eigenen „Krisenfestigkeit von unten“. Das beginnt auf kommunaler Ebene, bei den Landkreisen und Gemeinden: Ihnen muss das Leben leichter und nicht schwerer gemacht werden. Aus ihnen kommt die Kraft zur Bewältigung von Corona, Katastrophen und Flüchtlingswellen. Auch das Erreichen der Klimaziele wird sehr viel besser mit der

Gestaltungsfreiheit der Länder und Kommunen funktionieren. Das sorgt für Akzeptanz in der Bevölkerung und ist ein Schlüssel zum Erfolg der Energiewende. Kommunale Strukturen gilt es deshalb zuallererst mit allem Nötigen auszustatten, damit Selbstgestaltung, Kreativität und Engagement zur Entfaltung gelangen können. Dabei sehen wir die gleichwertigen Lebensverhältnisse als thematische Klammer, als Richtschnur und Prüfmarke, um in Generationenthemen zu investieren.

Um kraftvolle Selbstverwaltung wahrnehmen zu können, bedarf es in allererster Linie einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung aller Kommunen mit laufenden ungebundenen Mitteln. Das sind zum einen Steuereinnahmen und ergänzend – wenn geboten – Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich in den Ländern. Nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch im kommunalen Bereich muss die Umsatzsteuer künftig bedarfsorientiert, d.h. im Ausgangspunkt nach Köpfen, verteilt werden. Wenn das geschieht, kann und muss der Anteil deutlich erhöht werden und an die Stelle immer neuer Misch- bzw. Anschubfinanzierungen treten. Hier liegt ein entscheidender Schlüssel zur dauerhaften Stärkung auch der ländlichen Räume und man könnte zumindest ein Stück weit wegkommen von den immer wieder anzutreffenden Projektförderungen: Anschubfinanzierungen des Bundes bei Begründung von kommunalen Dauerlasten ohne Blick auf die Frage, wie die Kommunen die zusätzlichen Ausgaben dauerhaft finanzieren können, sind – süßes – Gift sowohl für ausgeglichene Haushalte als auch für die Aufrechterhaltung kommunaler Gestaltungsspielräume.

Die laufende Legislaturperiode ist aus kommunaler Sicht keine einfache: Der Koalitionsvertrag ist kein Füllhorn von Versprechungen für die Kommunen und schon gar nicht für die ländlichen Räume. Umso mehr müssen und werden wir dafür eintreten, dass die Stimme der Landkreise gehört wird sowie ihre Belange von der Bundespolitik ernst genommen und so die Lebenswirklichkeit für die in den Landkreisen lebenden 56 Millionen Menschen weiter verbessert und perspektivisch gesichert werden. Das ist unsere Motivation.



Reinhard Sager (64, CDU) ist seit 2001 Landrat des Kreises Ostholstein. Aus diesem Amt scheidet er auf eigenen Wunsch Ende Juni 2023 aus. Seit 2008 ist er (Bild) Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages und seit 2014 Präsident des Deutschen Landkreistages. Diese Amtszeit endet im September 2024. Als oberster Interessenvertreter der Landkreise in Deutschland hat er sich in den letzten Monaten bundesweit prominent zu den Problemen bei der Flüchtlingsunterbringung geäußert. In unserem Gastbeitrag geht es nicht nur ums Geld, sondern er erläutert Herausforderungen und Chancen, vor denen die Landkreise in Deutschland stehen.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.500, 52. Jahrgang, 5/2023

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Neue Schulden trotz Rekordeinnahmen

Schleswig-Holsteins Landeshaushalt wird zunehmend zweckentfremdet

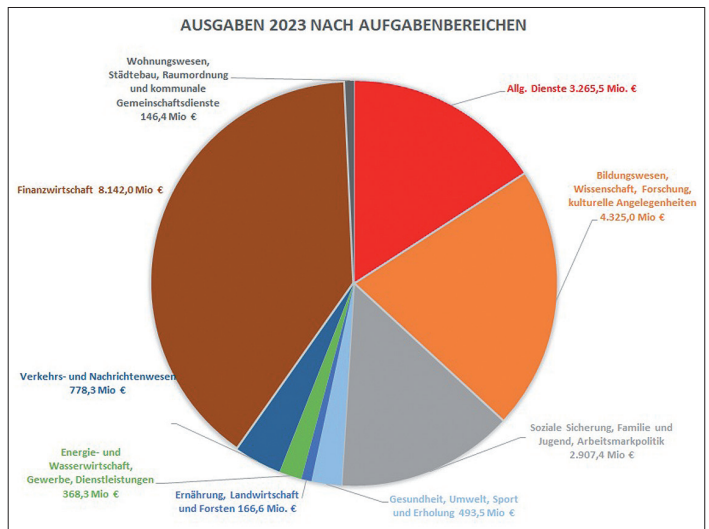
Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat den Landeshaushalt für 2023 beschlossen. Trotz Rekordeinnahmen werden Rücklagen aufgebraucht und neue Schulden gemacht. Eine wirkliche Prioritätensetzung ist nicht zu erkennen. Damit wird der Landeshaushalt zu einer Belastung für die Zukunft und die künftigen Generationen.

Die Einnahmen steigen im Vergleich zu 2022 um mehr als 1,3 Milliarden Euro auf rund 15,2 Milliarden Euro. Doch der Ausgabenanstieg ist noch größer: Bei einem Plus von gut 1,45 Milliarden Euro sollen 16 Milliarden Euro Gesamtausgaben getätigt werden. Dieses ist nur möglich, weil Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) gut 125 Millionen aus den Rücklagen des Ukraine-Notkredits und weitere 324 Millionen Rücklagen aus dem Infrastrukturfonds „Impuls“ entnehmen will. Dennoch will das Land weitere 282 Millionen Euro Schulden machen. Das ist dicht an der Grenze der möglichen konjunkturellen Verschuldung durch die Schuldenbremse. Der Schuldenstand des Landes steigt damit auf mehr als 33 Milliarden Euro!

Politiker aller Parteien sprachen in der Landtagsdebatte über die großen Heraus-

forderungen in schwierigen Zeiten, vor denen das Land stehe. Doch ihre Antworten: Mehr Stellen und mehr Geld. Und eigentlich, so die Debatte, müssten es noch mehr sein. Mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Geld für die Krankenhäuser, für den Klimaschutz, für die Straßen und die Radwege, für den Katastrophenschutz und sogar für die Förderung der friesischen Sprache. Vorschläge, wo man an anderer Stelle etwas einsparen kann, kommen dagegen nicht. Die Landespolitik verzichtet weiter auf unbequeme Einschnitte, obwohl alle Kredite irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Und für aufgenommene Schulden sind Zinsen zu zahlen, die rasant steigen.

Das alles schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der nächsten Politikergenerationen



ein, Rücklagen werden jetzt verfrühstückt. Eine nachhaltige Politik bedeutet, dass man die heutigen Probleme nicht mit Schulden zulasten künftiger Generationen löst. Vielmehr müssen wir heute die notwendigen Prioritäten setzen. Die Lösung liegt nicht in mehr Geld und Stellen, sondern in neuen Konzepten, Strukturen und effektiver Aufgabenerfüllung.

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Teilerfolg: Umbenennung ist vertagt

Landesbetrieb steht weiter auch für den Straßenbau in Schleswig-Holstein

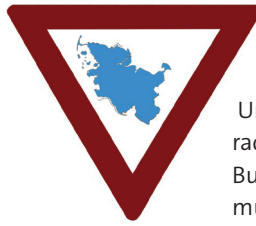
Vorerst wird es keine Namensänderung für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr in Schleswig-Holstein geben. Das hat die Regierungskoalition nach zahlreichen Protesten, auch vom Bund der Steuerzahler, beschlossen. Man möchte zunächst die Ergebnisse eines „Struktur- und Strategieprozesses“ für die zukünftige Ausrichtung des Landesbetriebs abwarten.

Es war ein Stück aus dem Tollhaus: Im Koalitionsvertrag hatten CDU und Grüne beschlossen, das Wort Straßenbau aus der Behördenbezeichnung zu streichen. Das hätte mehr als 200.000 Euro allein an Sachkosten für neue Schilder und Briefbögen bedeutet. Personalkosten und die absehbare Einschaltung einer Werbeagentur sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Eine Änderung der Aufgaben des Landesbetriebs sollte mit der Umbenennung jedoch nicht verbunden werden! Deshalb haben wir uns vehement gegen diese teure Symbolpolitik ausgesprochen.

Dies galt auch für die sogenannten Notkredite. Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) hatte vorgeschlagen, ein Sondervermögen für den Klimaschutz zu bilden. Finanziert werden sollte dieses „Vermögen“ ausschließlich über Schulden!

Da damit die Schuldenbremse der Landesverfassung gebrochen würde, wäre ein neuer „Notkredit“ erforderlich. Dieser darf vom Landtag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen werden, wenn sich das Land in einer akuten Notsituation befindet, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Der grüne Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter sieht diese Voraussetzungen als erfüllt an. Auch die SPD hat sich für einen Notkredit ausgesprochen. Gegenwind kam jedoch nicht nur von der FDP und dem SSW, sondern auch vom Regierungspartner CDU. Es wird in Schleswig-Holstein also vorerst keinen weiteren Notkredit geben, schon die Mittel aus den bisherigen Krediten für die Bewältigung der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges sind in großen Teilen zweckentfremdet worden. Mit ihnen wurden unter anderem auch Projekte zum Klimaschutz finanziert. Der Klimaschutz ist eine wichtige Daueraufgabe. Er muss aus allgemeinen Haushaltseinnahmen finanziert werden. Weitere Kredite belasten künftige Generationen und führen zu einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit des Staates, weil die Zinsbelastung immer größer wird.

Blick durch das Land



Von wem stammt noch mal das Zitat mit der Fahrradbatterie? Nein, ich will das jetzt nicht vertiefen, sondern stark wandeln. Was wäre eigentlich, wenn es in Schleswig-Holstein keine Landtagswahl gegeben hätte oder die FDP nach der Wahl zusammen mit der CDU regieren würde.

Also, schließen wir doch für einen guten Moment die Augen und stellen uns vor, wie der FDP-Verkehrsminister Bernd Buchholz seinen Amtskollegen mit Zuständigkeit für ganz Deutschland anruft und ihm noch einmal die Notwendigkeit zum Weiterbau der Küstenautobahn erläutert (hätte). Die Entlastung für den Elbtunnel und die A7 von Hamburg und Bremen, die bessere Anbindung der Küstenregion an den großen Rest des Landes usw.

Zugegeben, von einem Lückenschluss im klassischen Sinne des Wortes wäre hier nicht auszugehen. Von Segeberg bis

zur Unterelbe, dann unter dem Fluss durch und auf der anderen Seite an Bremen vorbei, das läppert sich. Aber auf der anderen Seite stünde (erneut Konjunktiv) die Erschließung eines großen Raumes und eben eine elegante Umgehung von Hamburg. Man fragt sich, was dann die Verkehrsredaktionen des NDR und aller anderen Sender mit der vielen freien Zeit anfangen würden. Bitte aufwachen! In Schleswig-Holstein regiert jetzt ein

schwarz-grünes Bündnis und der FDP-Bundesverkehrsminister hat viele Projekte benannt, aber eben nicht die Küstenautobahn. Eine Schnellstraßenspanne hier, eine Querverbindung dort – aber eben keine wirklich großen Würfe, obwohl doch bei uns im hohen Norden seit über 30 Jahren daran geplant und gebaut worden ist. Früher aus Bonner und heute aus Berliner Sicht liegt die Küstenregion weit weg und die CSU hat zudem viele Jahre da-

für gesorgt, dass vorzugsweise Richtung Österreich gedacht und gebaut wurde. Um noch einmal auf die Fahrradbatterie zurückzukommen. Bundeskanzler Olaf Scholz müsste als ehemaliger Hamburger Bürgermeister eigentlich wissen um die Bedeutung der Küstenautobahn. Aber er hat wohl vergessen, wie sehr sich im Norden alles dreht um gute Anbindungen und nicht nur Verbindungen.

Nein, dies ist kein Versuch, das 49-Euro-Ticket schlecht zu reden. Aber zur Wahrheit (Kette hin und Kette her) gehört nun mal, dass Schleswig-Holstein ein Flächenland ist und Öffentlicher Personennahverkehr für viele kleinere Städte und die Dörfer noch Zukunftsmusik – bislang nur eine politische Absichtserklärung.

Die Realität sieht leider so aus, dass in weiten Teilen des Landes die Menschen zumindest derzeit keine Alternative haben zum eigenen Auto, wenn sie pünktlich zur Arbeit, zeitig zum Supermarkt kommen wollen. Dass hierzulande niemand allein gehen muss, wenn es schwierig wird, ist angesichts der zuweilen großen Entfernungen kein echter Trost.

BdSt intern

In diesem Jahr finden in allen Kreis- und Bezirksverbänden die Mitgliederversammlungen des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. statt. Vorstand und Geschäftsführung berichten, für die Mitglieder besteht Gelegenheit, auch eigene Anregungen und Vorschläge einzubringen.

Außerdem werden überall ehrenamtliche Beiräte gewählt. Hinzu kommen Wahlen der Delegierten für die Jahreshauptversammlung. Folgende Termine stehen bereits fest:

16.5.2023,
Kreisverband Dithmarschen, River-Looft, Brunsbüttel

24.5.2023,
Kreisverband Pinneberg, Hotel im Winkel, Elmshorn

7.6.2023,
Bezirksverband Flensburg/Schleswig, Freienwill Krug, Freienwill

14.6.2023,
Kreisverband Lauenburg, Hotel Gothmann, Breitenfelde

Alle Mitglieder erhalten eine persönliche Einladung per Post.

50-jährige Mitgliedsjubiläen

An dieser Stelle möchten wir langjährigen Mitgliedern für ihre Treue danken. Sie sind alle vor nunmehr 50 Jahren in den Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein eingetreten und unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft. Bei einigen Mitgliedern hat es über die 50 Jahre einen Inhaberwechsel oder eine Umfirmierung gegeben, die Mitgliedschaft wird aber fortgeführt. Die langjährige Treue ist uns Ansporn, weiterhin mit aller Kraft für die Interessen der Steuerzahler einzutreten!

Januar

Firma Ruser – Reisen, Schönberg
Firma Hermann Kröger GmbH, Schenefeld

Firma Wilhelm Mohr, Bilsen
Firma Möller-Lindenhof, Belau
Firma Saupper GmbH, Fehmarn
Steuerberater Grünwaldt & Kähler, Fehmarn
Starke & Partner, Flensburg
Egon Engel, Goosefeld
Hartmut Rex, Elmshorn
Hartmut Abeling, Leck
Friedrich Dittmer, Lütjenburg
Firma Dr. Werner Pistor KG, Inh. Detlef Zinn, Eutin
Firma J. und P. Vollbeh, Kronshagen
Firma Kordes Jungpflanzen Handels GmbH, Bilsen

Februar

Firma Struve & Kleingarn, Krummbek
Firma Gerhard Kummerfeldt, Gerätebau GmbH, Norderstedt
Gustav Tesnau, Eutin

März

Firma W. Kordes Söhne, Rosenschulen GmbH & Co.KG, Sparrieshoop
Harald Clausen, Ellerdorf
Firma Harro Soll, Achterwehr
Peter Seifert, Pinneberg
Firma Stroink GmbH, Pinneberg
Firma Bodo Zankel KG, Bornhöved

April

Firma M. Lemke GmbH, Tinum/Sylt
Hans-Peter Nagel, Wedel

Mai

Firma Holzland Greve GmbH & Co. KG, Neumünster
Ursula Reetz, Neumünster
Firma Heinrich Freese, Import und Export, Bad Malente